

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 28. Februar 1958

Nummer 9

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Bedeutung und Problematik der Bundeszuschüsse zum Westberliner Landeshaushalt

Der Berliner Landeshaushalt weist laufend einen namhaften Fehlbedarf auf, der durch finanzielle Zuschüsse des Bundes gedeckt wird. Die Notwendigkeit des Zuschusses an sich ist unumstritten. Dagegen ist die Höhe dieser Zuwendungen Jahr für Jahr Gegenstand der Diskussion zwischen dem Bund und dem Land Berlin; sie hat im Augenblick durch die finanzielle Überlastung des Bundeshaushalts eine besondere Note erhalten. Kernpunkt der Erörterungen ist stets die Frage, ob die Haushaltsführung in West-Berlin trotz des hohen Defizits dem Grundsatz sparsamer Verwendung öffentlicher Mittel gerecht wird. Soweit diese Frage volkswirtschaftlicher Beurteilung zugänglich ist, will der vorliegende Bericht zu ihrer Klärung beitragen. Er stützt sich dabei vor allem auf vorläufige Ergebnisse einer Analyse der Finanzstatistik des Statistischen Bundesamts, die nunmehr auch Westberliner Daten für mehrere Jahre umfaßt.

Das Gesamtbild

Der Westberliner Landeshaushalt umfaßt in der Abgrenzung der amtlichen Finanzstatistik alle jene Ausgaben und Einnahmen, die auch im Bundesgebiet von der Legislative und Exekutive eines Stadtstaates verantwortlich beschlossen und verwaltet werden. Er enthält dagegen nicht Einnahmen und Ausgaben, die in die Kompetenz des Bundes fallen, wie Bundessteuern, Kriegsopferversorgung, Lastenausgleich usw.

Vom Rechnungsjahr 1951 bis zum Rechnungsjahr 1956 ist die Ausgabensumme des Westberliner Landeshaushalts von 1310 Mill. DM auf 2495 Mill. DM oder um 90 vH gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich das Bruttosozialprodukt in West-Berlin ebenfalls erheblich — um 73 vH — erhöht. Die Ausgabenerhöhungen erstreckten sich, wenn auch mit verschiedener Intensität, auf alle hier aufgeführten Ausgabengruppen.

Wie die Ausgaben stiegen auch die gesamten dem Land Berlin zufließenden Einnahmen. So erhöhte sich u. a. das Aufkommen an Landes- und Gemeindesteuern von 453 Mill. DM im Rechnungsjahr 1951 auf 869 Mill. DM im Rechnungsjahr 1956 oder um 92 vH und die in der Form der „Bundeshilfe“ gewährten Zuschüsse des Bundes von 550 Mill. DM auf 720 Mill. DM oder um 31 vH. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Stützung des Berliner Landeshaushalts seit einigen Jahren auch durch Gewährung geringverzinslicher Darlehen vorgenommen wird, mit

denen vor allen Dingen bauliche Investitionen bestritten werden. Zusammen mit den Mitteln für die Wohnungsbauförderung, die auch jedem anderen Bundesland zugute kommen, haben sich die Bundesdarlehen von 15 Mill. DM im Jahre 1951 auf 190 Mill. DM im Jahre 1956 erhöht. Bundeszuschüsse und Bundesdarlehen zusammen haben somit in dem betrachteten Zeitraum von 565 Mill. DM auf 910 Mill. DM oder um 61 vH zugenommen. Ihr Anteil an den gesamten Einnahmen der Stadt ist jedoch — von vorübergehenden Schwankungen abgesehen — unverändert geblieben. Er beläuft sich — in der vorliegenden Abgrenzung — auf rund 40 vH.

Einnahmen und Ausgaben des Landes Berlin (West)¹⁾
Rechnungsjahre in Mill. DM

	1951	1952	1953	1954	1955	1956 ²⁾
Steuern ²⁾	453	641	600	678	701	869
Gebühren, Entgelte usw.	313	204	177	202	233	266
Zuweisungen Bund/LAF ³⁾	80	99	136	125	154	463
Schuldaufnahmen ⁴⁾	7	15	21	152	46	31
Darlehen vom LAF	—	—	34	31	28	24
Darlehen vom Bund	15	33	59	44	164	190
Bundeszuschüsse	550	600	681	727	839	720
Einnahmen, gesamt	1 418	1 592	1 708	1 959	2 165	2 563
Personalausgaben ⁵⁾	477	552	602	627	679	765
Versorgung	53	89	112	120	143	186
Sach- u. sonst. Ausgaben	419	317	328	329	374	392
Öffentliche Investitionen	65	100	141	123	152	211
Gewerbl. Investitionen ⁶⁾	74	149	184	215	280	290
Sozialausgaben ⁷⁾	217	223	234	260	300	500
Subventionen und Lagerhaltung	—	35	89	98	109	94
Notstandsprogramm	2	28	31	71	50	25
Zuweisungen Bund/LAF ⁸⁾	3	19	24	15	51	32
Ausgaben, gesamt	1 310	1 512	1 745	1 858	2 138	2 495
Saldo⁹⁾	+ 108	+ 80	- 37	+ 101	+ 27	+ 68

1) Nach der Finanzstatistik des Statistischen Bundesamtes. Ohne Einnahmen und Ausgaben des eigentlichen Bundeshaushalts und des Lastenausgleichsfonds. — 2) Soweit sie dem Land Berlin zufließen, einschl. Zweckabgaben (Ostmarktauschabgabe, Baunotopfer u. ä.). — 3) Für Kriegsfolgenhilfe, Entschädigungsleistungen usw. — 4) Bei sonstigen Geldgebern: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, ERP-Sondervermögen und beim Kapitalmarkt. — 5) Nur Aktivbezüge. — 6) Darlehen und Zuschüsse für Wohnungsbau und Wirtschaftsförderung. — 7) Einschl. Entschädigungen. — 8) Zuweisungen der Vermögensteuer usw. an den Lastenausgleichsfonds, Abgeltung von Bundesdiensten. — 9) Einschl. Zuführungen und Entnahmen von Rücklagen und Kapitalvermögen sowie Tilgungen. — *) Vorläufig.

Dieser ungewöhnlich hohe Bundesanteil an der Finanzierung der öffentlichen Tätigkeit West-Berlins ist — fast zwangsläufig — immer wieder Gegenstand von Bedenken und Einwendungen. Nicht nur, daß in einer Zeit zunehmender Anspannung des Bundeshaushalts auf die von Berlin erhobenen Wünsche nur sehr zögernd eingegangen werden kann, es wird umgekehrt von Berlin aus bedauert, daß der Berliner Legislative und Exekutive die zu einer Selbstverwaltung nun einmal gehörende finanzielle Selbständigkeit und Beweglichkeit fehlt. Ein hohes Defizit im Berliner Haushalt ist jedoch nicht zu vermeiden und infolgedessen ist auch die Bundeshilfe nicht zu entbehren. Die politische Lage West-Berlins erfordert nämlich ein weitaus höheres Maß an öffentlicher Initiative als dies unter normalen Umständen der Fall zu sein brauchte. Diese Sonderaufgaben der Öffentlichen Hand kommen z. B. in dem hohen Anteil der Öffentlichen Dienste am gesamten Inlandsprodukt zum Ausdruck. Dieser Anteil ging zwar von 1950 bis 1956 von 18 vH auf 15 vH zurück, liegt aber immer noch weit über dem vergleichbaren Wert von 10 vH bei den Hansestädten. Auch ein anderer regionaler Vergleich verdeutlicht dieses große Gewicht der öffentlichen Tätigkeit in West-Berlin: In den Jahren 1951 bis 1955 betrug die Ausgabensumme des Berliner Landeshaushalts durchschnittlich 37 vH des Inlandsprodukts, während die entsprechende Größe sich in den Hansestädten auf 18 vH belief.

Die Notwendigkeit der Bundeszuschüsse hat in dem am 1. April 1951 in Kraft getretenen Gesetz zur Eingliederung Berlins in das Finanzsystem des Bundes ihren Niederschlag gefunden. Im § 16 dieses Gesetzes wird festgelegt, daß — bis zur Einbeziehung in den Länderfinanzausgleich — die Bundeshilfe das Land Berlin befähigen soll, „die durch seine besondere Lage bedingten Ausgaben zur wirtschaftlichen und sozialen Sicherung seiner Bevölkerung zu leisten, und seine Aufgaben als Hauptstadt eines geeinten Deutschlands zu erfüllen“. Damit bildet dieses Gesetz schlechthin die Grundlage der öffentlichen Finanzwirtschaft in Berlin, legt der Stadt und dem Bunde aber durch die ausdrückliche Herausstellung der Hauptstadtaufgaben auch besondere Verpflichtungen auf.

Auch ohne die Betonung dieser Sonderverpflichtungen war die außerordentliche Höhe der Bundeshilfe — jedenfalls bislang — ohne Schaden für West-Berlin nicht vermeidbar. Jede Reduzierung der öffentlichen Tätigkeit hätte zu einer Drosselung der Beschäftigung und damit zu einer Erhöhung der — auch ohnedies sehr hohen — Arbeitslosenziffern geführt. Im Extremfall einer Verkürzung der öffentlichen Ausgaben in West-Berlin auf eigene, aus Westberliner Quellen stammende Einnahmen wären 90 000 Personen zusätzlich arbeitslos geworden. Aber auch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit in West-Berlin um wesentlich geringere Ziffern — bzw. ein geringeres effektives Absinken der Arbeitslosenzahl — war jedoch in den vergangenen Jahren in West-Berlin unvermeidbar. Vielmehr wäre im Gegenteil noch eine Verstärkung der öffentlichen Ausgaben — beschränkt auf die dafür geeigneten Bereiche — in Anbetracht der hohen Erwerbslosigkeit volkswirtschaftlich wünschenswert gewesen. Dies gilt für den gesamten bisher hier behandelten Zeitraum. Aber auch abgesehen vom Beschäftigungseffekt hätte jedes Herabdrücken der Bundeshilfe unter den tatsächlich gewährten Stand die wirtschaftliche Lage West-Berlins verschlechtert.

Das Niveau der Ausgaben

Dennoch sollte geprüft werden, inwieweit sich das Berliner Ausgabenniveau von dem vergleichbarer Gebietskörperschaften unterscheidet und inwiefern die sich ergebenden Differenzen auf ausgesprochene Sonderbelastungen West-Berlins zurückzuführen sind. Dabei ist es zweckmäßig, als Vergleichsgröße die Ausgaben der beiden Hansestädte Hamburg und Bremen

zugrunde zu legen, weil sie ebenfalls das für einen Stadtstaat charakteristische Zusammenfallen von staatlichen und kommunalen Aufgaben aufweisen und außerdem den Vergleich nicht allein auf das möglicherweise ebenfalls durch Sonderfaktoren sehr hohe Ausgabeniveau Hamburgs abstellen. Es zeigt sich, daß im Durchschnitt der Rechnungsjahre 1951 bis 1955 die — um einige Erstattungen und Zuweisungen bereinigten — jährlichen Ausgaben je Einwohner in West-Berlin 781 DM gegenüber 637 DM in den Hansestädten betragen haben. Das Ausgabeniveau West-Berlins war also um 22,7 vH höher als im Durchschnitt von Hamburg und Bremen. Von diesem Gesamtdurchschnitt heben sich die Ergebnisse des Jahres 1951 und 1955 erheblich ab, wobei 1951 das Ausgabeniveau West-Berlins das der Hansestädte um 14,9 vH, 1955 dagegen um 29,5 vH übertraf.

Die Ausgaben der Hansestädte und West-Berlins in DM¹⁾ je Einwohner

	1951	1952	1953	1954	1955	Durchschnitt 1951—1955
Hansestädte						
Personalausgaben	199,06	215,77	237,59	252,00	263,64	233,61
Versorgungsbezüge	38,99	47,23	54,00	59,80	61,44	52,29
Sach- u. sonst. Ausg.	113,53	102,62	114,91	122,77	131,87	117,74
Öff. Investitionen	69,28	85,12	85,34	94,95	116,23	90,18
Gewerbl. „	68,83	78,14	85,79	85,46	87,01	81,05
Sozialausgaben	34,34	39,93	41,62	48,23	58,51	44,53
Zuweisungen an Bund / LAF	1,12	5,89	23,89	25,14	29,97	17,20
Insgesamt	525,15	574,70	643,14	688,35	751,67	636,60
West-Berlin						
Personalausgaben	219,62	255,09	269,80	286,16	309,40	268,01
Versorgungsbezüge	24,43	41,05	50,03	54,71	64,96	47,04
Sach- u. sonst. Ausg.	193,62	175,64	200,74	226,84	242,62	207,89
Öff. Investitionen	30,06	46,08	63,33	56,17	69,38	53,00
Gewerbl. „	34,20	69,14	82,32	97,93	127,64	82,25
Sozialausgaben	99,89	103,02	104,58	118,78	136,66	112,59
Zuweisungen an Bund / LAF	1,43	8,97	10,61	6,98	23,10	10,22
Insgesamt	603,25	698,99	781,41	847,57	973,76	781,00

¹⁾ Nach der Finanzstatistik des Statistischen Bundesamtes.

Die Streuung der einzelnen Ausgabenarten um diesen Durchschnittswert ist außerordentlich beträchtlich. So beliefen sich die Sozialausgaben in West-Berlin auf 252,9 vH, dagegen die öffentlichen Investitionen, also vor allem die Bauausgaben, auf 53,3 vH des vergleichbaren westdeutschen Standes. Der hohe Aufwand West-Berlins in bestimmten Positionen, so besonders bei den Personal- und Sachausgaben sowie bei den sozialen Aufwendungen, ist aber zu einem erheblichen Teil auf besondere Lasten Berlins zurückzuführen.

Die Personalausgaben West-Berlins lagen im Durchschnitt der hier verglichenen fünf Jahre um 14,7 vH über denen der Hansestädte. Eine weitergehende Analyse der amtlichen Finanzstatistik zeigt jedoch, daß diese Erhöhung sich hauptsächlich auf die Polizei und das Sozial- und Gesundheitswesen beschränkte. Allein der Personalaufwand der Polizei lag in West-Berlin um zwei Drittel höher als in den Hansestädten, da in West-Berlin erheblich mehr Polizeiangehörige, nämlich 1955 auf je 10 000 Einwohner 70 Polizeibedienstete gegenüber 42 in Hamburg und Bremen, beschäftigt worden sind. Ebenfalls lag der Personalbestand im Fürsorge- und Gesundheitswesen in West-Berlin um rund 20 vH über dem der Hansestädte, wie auch der gesamte Aufwand — also Sach-, Personal- und Unterstützungsausgaben zusammengenommen — in diesen Verwaltungszweigen in West-Berlin erheblich höher war. Der Grund dieser Verschiedenheit ist der ungünstige Altersaufbau der Westberliner Bevölkerung und die wirtschaftliche Notlage der Stadt. So

waren am 1. Januar 1957 mehr als 23 vH der Gesamtbevölkerung der Inselstadt über 60 Jahre alt, in den Hansestädten hingegen waren es nur 19 vH; ferner waren in West-Berlin von 1000 Personen 57 laufend in der offenen Fürsorge unterstützt gegenüber 18 in Hamburg und Bremen. Die relativ höhere Zahl der zu betreuenden Personen im Fürsorge- und Gesundheitswesen mußte zwangsläufig auch zu höheren Personal- und Sachaufwendungen führen. Die Mehrbelastung durch die besonderen Aufgaben im Polizei- sowie im Fürsorge- und Gesundheitswesen machen im Jahresdurchschnitt 1951/1955 rund 50 Mill. DM aus. Ohne diese Mehrbelastung würde der Niveauunterschied in den Personalausgaben je Einwohner statt rund 15 vH nur rd. 5 vH betragen. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß der Berliner Verwaltung weitere Sonderbelastungen in personeller Hinsicht durch die Wiedereingliederung der früheren Angehörigen der gesamten Berliner Verwaltung entstanden, die infolge der ungünstigen Arbeitsmarktlage nicht im an sich erwünschten Maße in anderen Beschäftigungen Aufnahme finden konnten.

Öffentliche Ausgaben je Einwohner in West-Berlin und den Hansestädten
Hansestädte = 100

	1951	1952	1953	1954	1955	Durchschnitt 1951— 1955
Personalausgaben .	110,3	118,2	113,6	113,6	117,4	114,7
Versorgungsbezüge	62,7	86,9	92,6	91,5	105,7	89,9
Sach- u. sonst. Ausg.	170,5	171,2	174,7	184,8	179,9	176,6
Öff. Investitionen .	43,4	54,1	74,2	59,2	59,7	58,8
Gewerbl. " .	49,7	88,5	96,0	114,6	146,7	101,5
Sozialausgaben . .	290,9	258,0	251,3	246,3	233,6	252,9
Zuweisungen an Bund/LAF	127,7	152,3	44,4	27,8	77,1	59,4
Insgesamt	114,9	121,6	121,5	123,1	129,5	122,7

Bei den Versorgungsleistungen lagen die Aufwendungen West-Berlins im Durchschnitt der betrachteten Jahre unter denen der Hansestädte. Lediglich das Rechnungsjahr 1955 machte davon eine Ausnahme; damals wurde — wiederum als Sonderbelastung — die Versorgung der im Ostsektor und in den Berliner Randgebieten wohnenden ehemaligen Angehörigen der Großberliner Verwaltung aufgenommen.

Das Niveau der Sach- und sonstigen Ausgaben lag um rund 77 vH über dem der Hansestädte. Diese Position besteht aber auch zu einem erheblichen Teil aus Sonderbelastungen. So werden hier die Zuschüsse des Berliner Landeshaushalts an das Notstandsprogramm, also eine Arbeitsbeschaffungsausgabe, sowie die öffentliche Vorratshaltung als Folge der Insellage West-Berlins mit verbucht. Ferner steht hier das ganze Bündel der verschiedensten Transportsubventionen zum Ausgleich der Standortnachteile Berlins. Die Summe all dieser Mehrbelastungen betrug im Jahresdurchschnitt 1951/55 rund 85 Mill. DM und im Jahre 1955 allein rund 140 Mill. DM. Hinzu treten die Mehraufwendungen sachlicher Art für die Polizei und das Fürsorge- und Gesundheitswesen sowie die hier nicht einmal als Sonderbelastung bewerteten — erheblich höheren Zuwendungen an die Kirchen und caritativen Verbände. Die erwähnten Mehrbelastungen sind im Bereiche der Sach- und sonstigen Ausgaben im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955 auf rund 125 Mill. DM zu schätzen, wodurch der verbleibende Rest gegenüber den Hansestädten — je Einwohner gerechnet — ein Niveau von 130 vH statt — wie ursprünglich vor der Bereinigung — von 177 vH aufweist.

Relativ noch höher waren die Aufwendungen je Einwohner in West-Berlin bei den Sozialausgaben. Diese Mehrausgaben sind jedoch fast ausschließlich auf die wirtschaftliche und politische Situation der Stadt und die damit verbundenen sozialen Folgen zurückzu-

führen, da die Betreuungsrichtlinien für Unterstützungsfälle und die juristischen Grundlagen für die in Berlin als ehemaliger Reichshauptstadt besonders zahlreichen Wiedergutmachungsanträge mit jenen des Bundes übereinstimmen. Die Sonderbelastung ist auf den gesamten Betrag der Mehraufwendungen im Vergleich mit den Hansestädten, d. h. für den Jahresdurchschnitt 1951/55 auf rund 150 Mill. DM zu veranschlagen; bei einer normalen sozialen Struktur würden nämlich in West-Berlin keine höheren Ausgaben je Einwohner entstanden sein.

Andererseits lagen die Ausgaben für öffentliche Investitionen mit einer Meßziffer von 59 vH weit unter dem Niveau der Hansestädte. Für die Finanzierung gewerblicher Investitionen, also vor allem der Förderung des Wohnungsbaus, wurden je Einwohner im Durchschnitt des hier betrachteten Zeitraums die gleichen Beträge wie in den Hansestädten aufgewendet. Allerdings zeigte die Entwicklung in den einzelnen Jahren zunächst ein starkes Aufholen und dann sogar ein beträchtliches Überwiegen der Westberliner Ausgaben. Obwohl es sicher auch bei den öffentlichen und gewerblichen Investitionen in Berlin, verglichen mit dem Bundesgebiet, Sonderbelastungen gab — dies wurde durch die Finanzierung eines erheblichen Teils dieser Investitionen durch Bundesmittel auch anerkannt — wurde auf ihre Berücksichtigung bei einem Vergleich mit Hamburg und Bremen verzichtet, weil diese stark zerstörten Hafenstädte ebenfalls unter dem Zwang besonderer Nachkriegsaufwendungen standen.

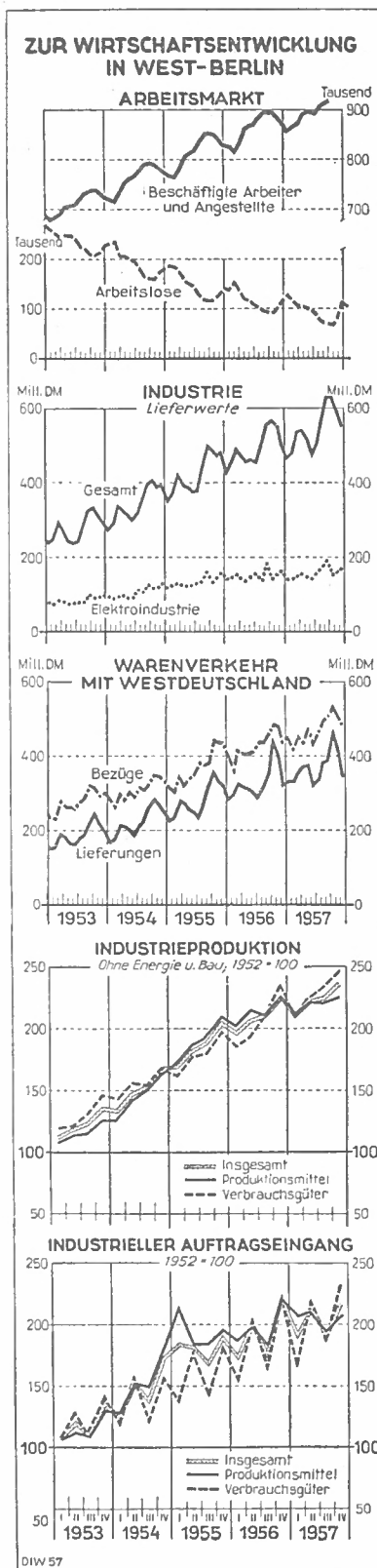
Die Zuweisungen an den Bund und den Lastenausgleichsfonds werden in der Übersicht lediglich der Vollständigkeit halber mit aufgeführt; sie bestanden im wesentlichen aus den Abführungen der Länder an Vermögensteuer. Die Westberliner Verpflichtungen lagen je Einwohner auf diesem Gebiet wesentlich unter denen der Hansestädte.

Faßt man nur die hier besonders aufgeführten Sonderbelastungen zusammen, so ergeben sie im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955 einen Betrag von rund 325 Mill. DM. Je Einwohner gerechnet lag 1951/55 das verbleibende Westberliner Ausgaben-niveau mit 634 DM genau auf der Höhe der Hansestädte (637 DM). Die Ausgabengestaltung des Landeshaushalts in West-Berlin war also — wenn man die Sonderbelastungen ausschaltet — nicht aufwendiger als in Hamburg und Bremen. Dies wird selbstverständlich nicht für jede einzelne Ausgabenposition gelten, wie auch durch den Vergleich nicht das Problem berührt wurde, ob nicht eine Rationalisierung der Verwaltung generell, also in den Hansestädten und in West-Berlin, stärker vorangetrieben werden sollte.

Geringe Steuerkraft

Das hohe interne Defizit im Berliner Landeshaushalt ist nicht nur ein Problem der Ausgabenseite des Etats, sondern vielmehr auch der Einnahmen. Die politischen Veränderungen und Ereignisse seit der Vorkriegszeit haben das Wirtschaftsleben und damit auch die Steuerkraft Berlins schwer getroffen. 1936 lag das Berliner Sozialprodukt je Einwohner um 50 vH über dem Reichsdurchschnitt; 1957 hatte West-Berlin gerade den Bundesdurchschnitt wieder erreicht. Im Rechnungsjahr 1937/38 war das Aufkommen an Länder- und Gemeindesteuern je Einwohner in den Hansestädten und in West-Berlin gleich hoch; 1954 dagegen lag es in West-Berlin um 37 vH unter dem der Hansestädte. Bremen und Hamburg haben die großstädtische Niveauüberlegenheit in der Wirtschafts- und Steuerkraft gehalten, Berlin hat sie eingebüßt. Mit seiner Vorkriegssteuerkraft und ohne die Sonderlasten wäre Berlin durchaus in der Lage, seine Ausgaben aus eigener Kraft zu tragen. Gegenwärtig jedoch ist die Bundeshilfe für Berlin zur Erfüllung seiner Aufgaben und Erhaltung seines — verglichen mit Hamburg und Bremen bescheidenen — Einkommensstandards unvermeidbar.

Westberliner Wirtschaftslage Mitte Februar 1958



Die bereits seit längerem festzustellende Tendenz einer Verlangsamung in der Berliner Industrieentwicklung hat sich auch im Berichtsmonat nicht grundlegend geändert. Zwar war die Zuwachsrate der industriellen Produktion im Januar mit 8 vH höher als vor Jahresfrist, wo das entsprechende Wachstum nur 5 vH betragen hatte. Dies Ergebnis war jedoch weitgehend von Zufälligkeiten bestimmt; konjunkturell entspricht es nur einer Zuwachsrate von etwa 4 bis 5 vH.

Von der Auftragserteilung her ist vorerst eine Änderung der Lage nicht zu sehen. Der Auftragseingang erreicht seit einigen Monaten nicht mehr die Vorjahreshöhe und die Auftragsbestände sind gegenüber dem Vorjahr um fast einen Monatsumsatz kleiner geworden. Der Index des industriellen Auftragseingangs stand im Dezember bei 214 (1952 = 100) und war damit um drei Punkte niedriger als im Dezember 1956. Besonders ungünstig hat sich der Bestelleingang bei der elektrotechnischen und der feinmechanischen und optischen Industrie entwickelt, er erfuhr im Dezember einen erneuten Rückgang um 15 vH bzw. 29 vH. Die Bekleidungsindustrie konnte eine nur geringe Zuwachsrate von 4 vH erreichen.

Auf dem Arbeitsmarkt hat die verhältnismäßig warme Witterung am Monatsende zu einer Abnahme der Arbeitslosigkeit um 9000 Personen geführt — im Vorjahr hatte sie dagegen um 8000 Personen zugenommen —, so daß Ende Januar 1958 nur rund 104 000 Personen (einschließlich Heimarbeiter) ohne Beschäftigung waren gegenüber 127 000 Personen vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote beträgt zur Zeit 10 vH.

Trotz aller Erfolge bei der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die zahlreichen Arbeitslosen West-Berlins — so konnte die Arbeitslosigkeit von 289 000 Personen im Jahre 1950 auf 93 000 im Durchschnitt 1957 reduziert und in derselben Zeit die Beschäftigung von 640 000 Personen auf 895 000 Personen gesteigert werden — besteht nach wie vor eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. Dies gilt vor allem für die Angestellten sowie für die gewerblichen Hilfsberufe; insbesondere sind die weiblichen Arbeitskräfte von dieser strukturellen Arbeitslosigkeit betroffen. Von den rund 50 000 strukturell Arbeitslosen sind mehr als 20 000 Personen noch im Alter von unter 45 Jahren, und auf jeden Fall noch verwendungsfähig. Um die durchschnittliche Arbeitslosenquote des letzten Jahres von 9 vH in bisherigem Umfang weiter zu senken, müßten sowohl die Industrie als auch die Dienstleistungen stärker expandieren; beides trifft jedoch auf Schwierigkeiten. Einerseits wird die Industrie, aber auch die übrige Wirtschaft, infolge des Fehlens von Konjunkturimpulsen keine so hohe Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entfalten können wie in den vergangenen Jahren; andererseits haben die Dienstleistungen in den letzten Jahren relativ viel Arbeitskräfte aufgenommen, so daß hier eine gewisse Sättigung erreicht worden sein dürfte. Ohne besondere, die Konjunktur stützende Maßnahmen wird daher die in diesem Jahr zu erwartende Besserung der Arbeitsmarktlage gering sein.

Die Beschäftigungsentwicklung in West-Berlin
in 1000 Personen

Jahres-durchschnitt	Beschäftigte Arbeitnehmer ¹⁾			
	Insgesamt	Zunahme	dar. Dienstleistungen ²⁾	
			Gesamt	Zunahme
1950	640	-	339	-
1951	679	39	353	14
1952	676	-3	363	10
1953	713	37	377	14
1954	764	51	394	17
1955	817	53	408	14
1956	864	47	432	24
1957	895	31	445	13

¹⁾ Einschl. Notstandsbeschäftigte. — ²⁾ Dienstleistungshandwerk, Handel, Banken, Versicherungen, Beherbergungsgewerbe, Öffentliche Dienste usw.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 und Bonn, Burgstr. 160
 Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Kregel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Dr. Ingeborg Rieckenberg, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniensy. 2.
 Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany.
 Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

Gegenstand	Einheit †)	1956							1957							1958
		Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Juni	Jul	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
		26	27	25	27	25	24	26	23	27	27	25	27	25	24	26
Anzahl der Werkzeuge:																
Industrie¹⁾																
Auftragsengang	1952 = 100	S	175	162	183	193	256	217	193	230	199	175	197	201	236	214
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	190	173	183	200	227	237	213	199	198	184	200	200	198	225
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	156	149	183	183	302	189	163	280	202	163	195	203	295	198
Umsatz	Mill. DM	S	451,4	497,3	559,4	564,5	550,7	501,8	463,7	466,5	501,1	575,6	632,8	632,7	590,0	554,1
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	275,4	258,1	307,0	277,3	289,9	291,0	262,4	265,2	283,4	302,4	328,4	291,5	293,7	309,6
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	76,0	239,2	252,4	287,2	260,9	210,8	201,3	200,3	217,7	273,2	304,4	341,2	296,3	244,5
Beschäftigung	1000	E	63,6	265,9	266,7	267,4	266,2	262,0	260,5	272,2	275,6	280,0	281,1	283,0	280,6	274,9
Lohn je Arbeiterstunde	DM	S	1,97	1,94	1,82	1,76	1,81	1,92	1,90	2,20	2,19	2,13	2,00	1,95	1,99	·
Produktion ²⁾	1936 = 100	S	104	107	123	120	124	118	106	115	106	119	131	127	128	121
dar. Energie	"	"	235	246	261	290	312	313	321	252	251	264	290	310	333	342
Verarbeitende Industrie ³⁾	"	"	99	103	120	115	119	112	100	111	102	116	128	123	122	116
dav. Produktionsmittelindustrie	"	"	96	88	107	98	107	108	91	105	95	101	109	100	105	109
dar. Steine und Erden	"	"	179	200	179	184	147	113	133	203	189	223	201	203	171	133
Eisen und Stahl, Gießereien	"	"	152	176	190	202	208	168	163	195	172	200	211	213	213	175
NE-Metalle	"	"	31	28	30	29	35	33	31	35	32	32	38	33	35	
Stahl- und Eisenbau	"	"	135	121	137	147	157	142	117	122	104	132	120	117	119	
Maschinenbau	"	"	80	70	84	85	89	98	84	96	84	76	80	83	84	
Fahrzeugbau	"	"	50	50	54	52	63	54	45	55	48	48	58	50	52	
Elektrotechnik	"	"	124	108	142	119	134	136	111	132	122	136	149	130	138	
Feinmechanik und Optik	"	"	56	69	75	62	83	87	71	75	61	64	78	58	77	
Eisen-, Blech-, Metallwaren	"	"	61	61	61	63	64	62	64	60	56	54	60	58	63	
Verbrauchsgüterindustrie	"	"	105	133	148	151	143	120	118	124	117	145	166	168	155	
dar. Chemie	"	"	141	144	152	154	169	154	152	169	164	164	175	169	189	
Holzverarbeitung	"	"	82	92	111	107	109	103	79	81	76	90	106	102	106	
Papier	"	"	125	138	154	159	164	151	140	132	132	134	152	151	166	
Druck	"	"	40	38	45	57	54	59	45	46	45	44	51	55		
Leder und Textil	"	"	103	112	125	133	145	123	114	129	116	130	156	166		
Bekleidung	"	"	143	271	295	296	221	122	178	156	146	269	313	323		
Nahrungs- und Genussmittel	"	"	131	134	141	148	166	170	138	171	161	167	191	192		
Baugewerbe⁴⁾																
Beschäftigte	Anzahl	E	55952	57157	57803	56557	53646	46504	39600	52123	53819	54733	53478	52660	51300	36922
Tagewerke, insgesamt	1000	S	1194	1224	1219	1244	1153	1016	748	1056	1107	1151	1090	1071	1072	782
dar. Wohnungsbau	"	"	506	527	532	543	489	409	284	417	440	483	467	468	462	331
Index der Bauproduktion ⁵⁾																
einschl. Entrümmung	1936 = 100	"	70	71	77	73	72	64	o) 41	o) 77	o) 68	o) 71	o) 72	o) 66	o) 71	52
ausschl.	"	"	67	68	75	71	69	61	o) 39	o) 72	o) 64	o) 67	o) 69	o) 63	o) 69	50
Umsatz in DM West	1000 DM	"	55756	62830	60421	62258	59358	58395	41918	53877	60603	64330	64272	65240	62968	61453
Warenverkehr																
Bezüge aus Westdeutschland ⁶⁾	Mill. DM	S	437,1	435,4	454,8	487,3	483,0	433,6	450,8	430,4	462,4	494,3	506,7	537,3	508,3	482,2
Lieferungen nach Westdeutschland ⁶⁾	"	"	262,7	290,9	304,5	329,6	331,4	297,7	291,7	302,2	319,4	338,1	348,4	363,7	365,8	335,0
Wert der Ursprungsbescheinigungen ⁷⁾	"	"	289,5	315,9	355,3	447,5	402,3	320,1	328,7	321,6	332,9	383,4	386,9	468,7	407,5	344,8
Export	"	"	57,9	52,0	63,3	62,4	73,0	72,0	56,5	68,1	73,1	69,5	74,1	86,7	81,2	83,7
Gütereingang, insgesamt	1000 t	S	674,8	650,8	652,8	680,2	633,1	560,6	552,3	572,2	588,3	711,0	596,9	699,1	654,5	603,9
Eisenbahn	"	"	218,9	203,2	209,7	226,1	226,7	188,8	214,0	189,7	200,6	209,7	170,5	208,6	189,1	196,8
Straße	"	"	232,9	236,8	240,1	252,7	223,3	203,1	209,5	207,2	242,6	245,8	239,7	241,8	229,1	191,9
Binnenschifffahrt	"	"	223,0	210,8	203,0	201,4	183,1	168,7	128,8	175,3	145,1	255,5	187,3	248,7	236,3	215,2
Güterausgang, insgesamt	"	"	97,3	102,4	109,9	119,9	111,6	99,4	99,2	106,4	112,6	123,0	112,1	127,8	110,6	104,8
Eisenbahn	"	"	17,8	19,3	22,0	22,9	22,8	19,7	17,2	18,3	18,4	19,4	19,6	22,0	19,6	
Straße	"	"	65,2	67,7	68,0	73,5	67,7	56,9	62,6	63,9	72,9	68,8	67,5	72,5	66,6	
Binnenschifffahrt	"	"	12,2	13,5	18,0	21,3	19,2	21,2	18,0	22,7	20,1	33,4	29,7	31,9	23,1	
Luftfracht	"	"	2,0	1,9	1,9	2,2	1,9	1,6	1,4	1,5	1,2	1,4	1,3	1,4	1,3	
Arbeitsmarkt																
Erwerbstätige, insgesamt	1000	E	1021	1032	1033	1028	1018	1003	999	1038	·	·	1049	·	·	·
Selbst- u. mithelf. Fam. Angeh.	"	"	138	138	138	138	138	138	138	138	·	·	138	·	·	·
Arbeitnehmer ⁸⁾	"	"	883	894	895	890	880	865	861	900	·	·	911	·	·	
Arbeitslose, insgesamt ⁹⁾	"	"	102	94	91	91	107	119	127	95	79	71	69	67	78	
in vH der Arbeitnehmer	vH	"	10	10	9	9	11	12	13	10	8	7	7	8	12	
Sozialeinkommen																
dar. Renten ¹⁰⁾	Mill. DM	S	46,6	45,9	45,2	46,0	46,0	55,8	46,3	79,2	80,0	78,7	80,0	o) 80,7	82,6	83,7
Alu und Alfu	"	"	10,6	9,8	8,7	9,0	9,9	12,5	15,5	10,5	11,3	8,8	7,8	8,1	8,2	11,9
Lebenshaltungskosten																
dar. Ernährung	1950 = 100	D	109,8	109,6	110,1	110,0	110,4	110,2	110,7	112,4	113,8	113,9	113,7	114,7	114,8	115,0
Hausrat	"	"	116,4	115,8	116,8	116,6	117,0	116,2	117,1	116,7	119,6	119,7	119,1	120,9	121,0	123,8
Bekleidung	"	"	106,3	106,5	106,5	106,9	107,6	108,2	108,6	110,9	110,7	111,0	111,2	111,3	111,2	111,4
West-Berlin in vH der BRD	BRD = 100	"	101,6	101,6	101,8	102,0	102,1	102,2	102,8	105,0	105,0	105,4	106,0	106,2	106,7	107,0
von Hamburg	Hbg. = 100	"	105,1	104,8	105,1	105,1	104,5	104,5	104,8	105,6	105,9	106,2	105,9	106,1	106,1	105,5
Wechselkurse ¹¹⁾	DM-Ost	D	3,91	4,06	4,10	4,11	4,32	4,22	4,14	4,14	4,15	4,26	4,31	4,13	3,98	3,94
Finanzen																
Einnahmen aus Steuern	Mill. DM	S	116,9	154,5	151,3	125,6	158,5	174,6	162,4	170,2	128,6	170,9	176,0	134,4	181,9	199,2
dar. Umsatzsteuer	"	"	34,0	32,2	32,2	37,9	34,6	34,6	49,6	34,3	34,3	34,8	36,7	38,8	37,8	38,5
Lohnsteuer	"	"	18,3	19,8	21,0	21,5	20,7	20,6	28,5	16,7	17,9	24,0	18,7	20,6	20,2	17,9
Einkommensteuer	"	"	6,6	5,4	28,5	5,2	4,9	35,9	10,3	35,2	7,0	5,1	35,8	5,1	3,7	40,6
Körperschaftsteuer	"	"	5,6	5,5	28,7	6,0	1,5	35,5								